

Soziale Berufe: Jetzt aufwerten!

Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Pflegekräfte in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, Hebammen und Entbindungshelfer*innen und viele mehr - soziale Tätigkeiten sind vielfältig und in vielen Berufsbereichen zu finden! Gemeinsam haben sie, dass dort Arbeit an Menschen verrichtet wird, die oft körperlich und auch psychisch anstrengend ist. Gleichzeitig wird diese Arbeit oft auch im Vergleich sehr schlecht bezahlt. Arbeit am Menschen ist enorm wichtig und muss in der Gesellschaft besser honoriert werden. Geringschätzung und geringe Bezahlung treffen hierbei überwiegend Frauen*, die in diesen Berufen immer noch überproportional vertreten sind. Wohl auch aus diesen Gründen fehlen in der BRD in den sozialen Berufen massenhaft Fachkräfte. Als GRÜNE JUGEND Bayern setzen wir uns deswegen im Allgemeinen für eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für soziale Berufe ein. Dennoch möchten wir auf einige Berufe im Folgenden genauer eingehen.

Kirchliche Trägerschaft angehen!

Viele Menschen in sozialen Berufen sind in einem Arbeitsverhältnis direkt bei Kirchen oder Organisationen unter kirchlicher Trägerschaft beschäftigt. Deshalb unterliegen sie den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts, welches den Arbeitgeber*innen Möglichkeiten gibt, die im regulären Arbeitsrecht ausgeschlossen sind. Diese geben den Arbeitgeber*innen unter anderem die Möglichkeit, Menschen auf Grund der Wahl ihrer Partner*in, wegen Scheidungen oder fehlender Taufe von Kindern zu sanktionieren. Und das, obwohl diese Einrichtungen über den Staat finanziert werden. Diese Unrechtmäßigkeit wollen wir beenden! Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und so auch die Schaffung von Betriebsräten ermöglichen und ein Streikrecht verankern. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert weiter, dass der Staat für ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Erziehung sorgt.

Für mehr Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen!

Die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft werden immer mehr. Zusätzlich wurden im Bereich der Asylsozialarbeit viele neue Stellen geschaffen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich seit mehreren Jahren ein Mangel an Fachkräften im sozialen Bereich ab. Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen sind gesucht. Doch die Arbeitsbedingungen müssen dringend verbessert werden, um dieses Berufsfeld attraktiver zu machen. Wir fordern ein Ende der befristeten

Arbeitsverträge und wie in allen anderen sozialen Berufen höhere Anerkennung und höhere Entlohnung.

Kindererziehung aufwerten!

Die Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Kindergärten gehört zu den wichtigsten Aufgaben gesellschaftlicher Care-Arbeit. Den Kindern, egal ob Kleinkinder oder in der Vorschule, muss ein gutes und ihrem Alter angemessenes Betreuungsangebot zur Verfügung gestellt werden. Entscheidend ist dafür unter anderem der Betreuungsschlüssel also, wie viele Kinder pro Erziehungsfachkraft betreut werden müssen. Dieser darf auf keinen Fall dadurch verschlechtert werden, dass nicht ausreichend qualifizierte Hilfskräfte auf ihn angerechnet werden. Allgemein muss der Schlüssel schrittweise erhöht werden, insbesondere, wenn Kinder inklusiv betreut werden. Zudem müssen Lösungen für krankheitsbedingte Ausfälle geschaffen werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Einrichtung eines bayernweiten Springer*innen-Systems, dessen Erzieher*innen in den Einrichtungen aushelfen, die gerade einen Engpass haben.

Darüber hinaus müssen alle Erziehungsfachkräfte gut und möglichst umfassend ausgebildet werden. Möglichkeiten zur Weiterbildung müssen jederzeit gegeben sein. Um die Ausbildung möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Abschaffung von Schulgeldern und Gebühren für die Ausbildung zur Erziehungsfachkraft oder ähnlichen Berufen wie Kinderpfleger*in. Mögliche Lücken in der Finanzierung, die dadurch entstehen könnten, sollen von staatlicher Seite kompensiert werden.

Wie auch für anderen Care-Berufe fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, die Bezahlung für Erzieher*innen deutlich zu verbessern. Die für Kinder geleistete Care-Arbeit ist zu anstrengend und zu wertvoll, um sie mit einem Hungerlohn zu vergüten: Care-Arbeit ist mehr wert!

Leben Retten – Nicht auf Kosten der eigenen Gesundheit!

Doch auch in der Notfallmedizin bedarf es einer gründlichen Reform der Vergütung vor allem aber der Arbeitsbedingungen. 12 Stundenschichten sind vielerorts keine Seltenheit und bedeuten eine extreme körperliche wie psychische Belastung für notfallmedizinisches Fachpersonal. Dabei ruht zu jeder Tages- und Nachtzeit eine große Verantwortung oftmals für das Leben der Patient*innen auf den Schultern des Rettungsdienstpersonals. Dies resultiert nicht selten in behandlungsbedürftigen, degenerativen physischen Erkrankungen, wie aber auch posttraumatischen Belastungsstörungen als Beispiel für bleibende psychische Schäden. Wir als GRÜNE JUGEND fordern daher anfallende Kosten für berufsbedingte Erkrankungen

beispielsweise durch die Bürger*innenversicherung zu übernehmen. Zugleich müssen die Arbeitszeiten verkürzt werden, um die Ausbildung im Rettungsdienst auch wieder für junge Menschen als langfristige Berufsperspektive attraktiv zu machen und der Flucht vieler Mitarbeiter*innen in Teilzeit entgegenzuwirken.

Für ein Update in der Pflege!

Die Situation für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen ist oft nicht einfach. Obwohl es hier natürlich - auch innerhalb der einzelnen Einrichtungen - um sehr unterschiedliche Tätigkeiten geht, werden dort immer zum Teil schwerkranke oder anderweitig pflegebedürftige Menschen betreut. Dennoch werden in vielen Heimen und Krankenhäusern deutlich zu wenig Pflegekräfte eingesetzt, um alle Bewohner*innen und Patient*innen adäquat betreuen zu können. Darunter leidet die Qualität der Betreuung und somit auch das Wohlbefinden der Bewohner*innen. Immer wieder kommt es vor, dass Bewohner*innen in Heimen regelrecht verwahrlosen. Schuld daran ist insbesondere die Unterfinanzierung des gesamten Pflege- und Gesundheitssystems. Wo kein Geld ist, kann auch kein Geld ausgegeben werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen eine deutliche Verbesserung der Finanzierung der Kranken- und Altenpflege. Hierzu müssen die Beitragsbemessungsgrenzen der Kranken- und Pflegeversicherung abgeschafft sowie eine einheitliche Bürger*innenversicherung eingeführt werden. Der Lohn der Pflegekräfte muss deutlich ansteigen. Zudem muss der Personalschlüssel in Altenheimen und Krankenhäusern erhöht werden. Bei der Intensivpflege sollte das Verhältnis ein*e Pflegend*e*r für zwei Patient*innen nicht überschritten werden. Auf anderen Stationen kann der Schlüssel je nach individuellem Pflegebedarf der Patient*innen variieren, sollte jedoch einen Mindeststandard von eins zu zehn nicht überschreiten. Auch im Nachtdienst muss die Versorgung sichergestellt werden. Hier sollte keine Pflegefachkraft alleine arbeiten müssen. Von den Lohnsteigerungen und den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erhoffen wir uns eine Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, sodass mehr Menschen diesen Beruf ergreifen. Die Ausbildung von Altenpfleger*innen, Kinderkrankenpfleger*innen und Gesundheits- und Krankenpfleger*innen darf nicht, wie momentan geplant, zusammengefasst werden.

Insbesondere in dem Bereich der Pflege benötigt es viel Arbeit um die Psychohygiene der Mitarbeiter*innen sicherstellen zu können. Um tagtäglich dem Druck der Verantwortung, Stress und extremen Situationen standhalten zu können, benötigt es professionelle, regelmäßige Supervision. Hier sollen Menschen in Pflegeberufen bestehende und bisherige Situationen nachbesprechen und verarbeiten können. Um langfristig in einem Pflegeberuf arbeiten zu können, ist die Nachbereitung unabdingbar. Dennoch wird die Wichtigkeit der Supervision unterschätzt oder gar ignoriert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, dass den Pflegenden durch die

Arbeitgeber*innen Möglichkeiten zur Nachbereitung und Supervision kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen.

Pflegekammer auch in Bayern!

Schon im Jahr 2013 sprach sich eine Mehrheit des Bayerischen Pflegepersonals in einer Umfrage für die Einführung einer Landespflegekammer auch in Bayern aus. Trotzdem wurde sie von Seiten der Staatsregierung bis heute noch nicht realisiert. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich für die Einführung einer Landespflegekammer aus, wie es sie in einigen Bundesländern, zum Beispiel Rheinland-Pfalz, bereits gibt. Eine Landespflegekammer sollte folgende Aufgaben haben:

- Die Schaffung einer einheitlichen Berufsethik und Berufsordnung
- Einschreiten bei Missachtung der Berufsethik und Berufsordnung
- Eine Registrierung aller Angehörigen der Pflegeberufe
- Die Beratung des Gesetzgebers, Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren und Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung, Auslegung gesetzlicher Bestimmungen, Umsetzung von Gesetzen, Anfertigung von Sachverständigengutachten
- Förderung, Überwachung und Anerkennung der beruflichen Fort- und Weiterbildung, Abnahme von Prüfungen, Festlegung von Standards für Ausbildung und Praxis
- Regelung der Gutachtertätigkeit und Benennung von Sachverständigen
- Schiedsstellentätigkeit zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen den Mitgliedern oder diesen und Dritten ergeben
- Erhebung und Auswertung berufsrelevanter Daten
- Öffentlichkeitsarbeit

Durch die Möglichkeit, die eigene Ausbildung mitbestimmen zu können, wird die effektivste und nutzenreichste Bildung für künftiges Pflegepersonal garantiert, was sowohl diesen, als auch ihren Patient*innen sehr zugute kommt. Durch die Möglichkeit, über die Solidarmitgliedschaft des gesamten bayerischen Pflegepersonals, eine Organisation zu haben, die die Pflegekräfte insgesamt vertreten kann, bekommen diese eine laute Stimme. Sowohl bei der Gesetzgebung als auch in Tarifverhandlungen, was zu besseren Arbeitsbedingungen und mehr Selbstbestimmungsrechten führt.

Die freie Wahl der Geburt sichern - Hebammen und Hebammenausbildung stärken!

Vier von fünf Geburten in Kliniken werden in Bayern von freiberuflichen Hebammen oder Entbindungspfleger*innen betreut bzw. durchgeführt. Ihre Arbeit, die Betreuung von Frauen* vor, während und nach der Geburt, ist wichtig für eine selbstbestimmte und sichere Geburt. Ob im Krankenhaus, Zuhause oder im Geburtshaus, sie gewährleisten das Recht der Schwangeren auf die im Sozialgesetzbuch festgeschriebene freie Wahl der Geburt. Allerdings haben Hebammen und Entbindungshelfer*innen seit Jahren mit Problemen zu kämpfen, die die Ausübung ihres Berufes immer schwerer machen.

Versicherungsprämien haben inzwischen einen Höchststand erreicht und die Situation spitzt sich immer weiter zu. Viele Hebammen und Entbindungshelfer*innen haben deswegen in den letzten Jahren ihren Beruf oder zumindest die Geburtshilfe aufgeben müssen. In der BRD sollen aber alle Geburten aus gutem Grund von einer Hebamme oder einem*r Entbindungspfleger*in geleitet werden. Um diese gesetzliche Vorgabe auch in Zukunft umsetzen zu können, muss jetzt endlich politisch gehandelt werden! Auch in der Ausbildung ist der Reformbedarf groß. Viele europäische Staaten haben bereits mit der Akademisierung der Hebammenausbildung begonnen, hier sehen wir großen Nachholbedarf.

Die letzte Honorarerhöhung hat die Situation der Hebammen und Entbindungspfleger*innen etwas verbessert. Auch der Weg hin zu individuellerer Betreuung Schwangerer in den Kliniken durch freiberuflich tätige Hebammen und Entbindungspfleger*innen wurde eingeschlagen und muss nun durch weitere Konzepte der zuständigen Verbände weiterentwickelt werden; auch für Hausgeburten und häusliche Betreuung müssen Perspektiven aufgezeigt werden.

Um das Problem der zu hohen Versicherungsprämien zu lösen, muss die Haftung aller im Gesundheitswesen Tätigen in ein öffentlich-rechtliches Haftungssystem überführt werden. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe ist ebenfalls wichtig. Dabei muss die geleistete Gesamtzeit der Hebammenbetreuung für jeden Behandlungsfall berücksichtigt werden. Weiter dürfen für Hebammen und Entbindungspfleger*innen durch die Durchführung einer Geburt keine finanziellen Nachteile entstehen.

Mit der Neufassung des Hebammengesetzes muss die Chance genutzt werden, künftig alle Hebammen und Entbindungspfleger*innen durch ein Studium mit Praxisphasen zu qualifizieren. Ein Studium auf Bachelorniveau muss schnellstmöglich Realität werden, denn so kann die selbstständige Arbeit auf hohem Niveau gut ausgebildet und weiterentwickelt werden. Es muss sofort auf Bundesebene mit der Erarbeitung der notwendigen Gesetzesänderungen begonnen werden, damit auch in den Bayern Maßnahmen zur Umstrukturierung der Lehre getroffen werden können. Eine zeitnahe Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie ist dringend notwendig. Für

Lehrkräfte müssen angemessene Übergangsregelungen und ausreichende Möglichkeiten der Nachqualifizierung geschaffen werden. Insbesondere muss gewährleistet bleiben, dass Hebammenschulen auch weiterhin am Ausbildungsprozess gleichwertig beteiligt und involviert sind, um eine Ausgrenzung von befähigten sowie interessierten Personen zu vermeiden.

Es darf nicht sein, dass sich unsere Gesellschaft Hebammen und Entbindungspfleger*innen nicht leistet. Wir fordern deshalb eine selbstbestimmte Geburt, eine Umstrukturierung der Ausbildung und einen Fortbestand des Berufsstands der Hebammen und Entbindungspfleger*innen!

Beschlossen auf dem 41. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 25. November 2017 in Landshut.